

**II-7978 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 4048 IJ

1989-06-28

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Weinberger, Strobl, Mag. Guggenberger
an die
Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Schulbusdienst für Vorschüler

Für eine an der Innsbrucker Volksschule Gilmstraße bestehende Vorschulklass wurde seitens der Schulbehörde ein Schulbusdienst durchgeführt. Die Notwendigkeit dieses Schulbusses ist klar: die Vorschulkinder sind sowohl im Straßenverkehr als auch bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel noch unsicher.

Nunmehr wurde von Seite der Finanzlandesdirektion für Tirol die Einstellung der Finanzierung dieses Schulbusses verfügt. Dies unter Hinweis auf das Familienlastenausgleichsgesetz, nach dem Vorschüler als "ordentliche Schüler" gelten. Dagegen treten sowohl der Elternverein an der o.a. Schule als auch der Tiroler Landesverband der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen auf.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem berechtigten Wunsch nach einem Schulbusdienst für Vorschulkinder nachzukommen?